

Der Ökonomist.

Die Valutafrage in den besetzten Gebieten.

Von Dr. Hermann Oppenheim.

Geschäftsführer des Deutsch-österreichisch-ungarischen Gläubigerklub. Zentrale für die südöstlichen Okkupationsgebiete.

Der geschäftsführende Direktor der Pester Ungarischen Kommerzbank, der Reichstagsabgeordnete Roland v. Hegedüs, hat der Deffentlichkeit die dankenswerte Anregung übergeben, die Zirkulation der Kronennoten dadurch zu verringern, daß für die einzelnen besetzten Gebiete ein eigenes Papiergeld ausgegeben werde. Er hat wichtige und auch richtige Argumente zur Unterstützung seines Vorschlages vorgebracht. Es sei gestattet, diese Idee, deren bisherige Nichtausführung zu den größten und unbegreiflichsten Fehlern unserer Finanz- und Verwaltungspolitik in den besetzten Gebieten gehört, durch einige Daten zu fördern, welche an maßgebender Stelle bereits vorgebracht wurden, ohne scheinbar die nötige Beachtung zu finden. Nach Schätzungen, die sich mit den Tatsachen in Uebereinstimmung befinden dürften, hat der Umlauf in Papierdinars anlässlich der Besetzung zirka 300 Millionen betragen. Unmittelbar nach der Okkupation war der Dinar so wenig angesehen und so sehr entwertet, daß die Militärverwaltung, um die serbische Note vor vollständiger Devaluation zu schützen, einen Zwangskurs für den Dinar von 50 Heller dekretierte; die serbische Bevölkerung wollte von ihrer nationalen Note überhaupt nichts mehr wissen, weil die Serbische Nationalbank anlässlich des unaufhaltbaren Vorrückens der verbündeten Truppen mit dem Goldschatz und den übrigen vorgezeichneten Deckungen außer Landes gezogen war. Mit der Nationalbank haben auch alle übrigen Banken des Landes — manche vielleicht unfreiwillig — dem Schauplatz ihrer Tätigkeit und dem Wohnsitz ihrer Gläubiger den Rücken gekehrt; nur sehr wenige blieben zurück. Aber auch diesen fehlten die Bücher und Portefeuilles, die an die Nationalbank abgeliefert werden mußten. Das Vakuum, das im Kreditverkehr und im Geschäftsleben dadurch entstand, wurde von den österreichisch-ungarischen Großbanken ausgenützt, indem sie in Belgrad Exposituren und Filialen errichteten. Die durch die Flucht des Notenemissionsinstituts entstandene große Lücke wurde jedoch nicht ausgefüllt.

Den günstigsten Zeitpunkt, ein eigenes Zirkulationsmittel zu schaffen, ließ man also trotz dahingehender Rat schläge und Gutachten verstreichen. Halbe Maßregeln wurden ergriffen, wie zum Beispiel die Verordnung wegen Abstempelung der Dinarnoten; demnach sollten nur jene Dinarnoten Geltung haben, welche zur Abstempelung innerhalb einer kurzen Frist vorgelegt waren. Die halb schlächtige Verordnung wurde auch technisch mit unzulänglichen Mitteln durchgeführt. Von dem Umlauf von zirka 300 Millionen Kronen gelangten im ganzen zirka 40 Millionen Dinar zur Abstempelung. Die Verordnung ist der Vergessenheit anheimgefallen. Dann begann das Hineinpumpen der Kronen in den Wirtschaftsverkehr des Landes. Der Lohn der Truppen, die Verpflegungskosten, die entgeltliche Abnahme der beschlagnahmten Güter, die Enten und die Rohstoffe, alles wurde in Kronen bezahlt, der Dinar immer mehr verdrängt. Mittlerweile entwickelte sich auf Basis der Zwangsrelation von 50 Prozent des Nominales in Kronen eine lebhaftere Spekulation in Dinars, welche in beschränkter Menge zur Unterstützung der landflüchtigen Serben von den Zahlstellen der Entente-mächtigke zu weit höheren Kursen als der Zwangskurs eingelöst wurden. Schließlich verschwand der Dinar vollständig aus dem Verkehr und zog, als der Dinarhandel zu höheren Kursen verboten wurde, durch geheime Kanäle über die Grenze, wo sich bald eine höhere Bewertung für den Dinar stabilisierte als für die Krone. Das sogenannte Greshamsche Gesetz „bad money drives out good“ (das schlechte Geld [oder jenes Geld, welches für das schlechtere gehalten wird] treibt das gute [oder jenes, welches für das bessere gehalten wird] aus dem Lande), bewährte seine ewige Wahrheit. Die Militärverwaltung sah sich bei diesem Widerstreite mit den tatsächlichen Erscheinungen mit den Bestimmungen des Gesetzes genötigt, den Zwangskurs für den Dinar von 50 Heller faktisch außer Kraft zu setzen und seine Wertbestimmung dem freien Verkehr zu überlassen. Aufgehoben wurde jedoch die erwähnte Verordnung meines Wissens bis heute nicht, so daß dem Dinarpreis auch noch die Prämie für die Uebertretung des Schleichhandelsverbotes zugute kommt. Alle diese Preisbestimmungs-komponenten haben im Schleichhandel dem Dinar zu einem Liebhaber- und Seltenheitswert verholfen (sein Kurs soll im illegitimen Verkehr derzeit zirka 1 Krone 40 Heller übersteigen), der den Geldtheoretikern einiges Kopfschmerzen verursacht oder verursachen sollte. Die Banknote eines Staates, die nur in partibus existiert, ein Papiergeld, dessen Deckung und Emissionsinstitut sich unbekannt wo befindet, hat eine Geltung zu verzeichnen, die den Noten kriegsführender Großmächte, deren politische Stellung unerlässlich ist, nicht zukommt. Auch die über Anregung der Warenverkehrs-zentrale errichtete Devisenzentrale für das Okkupationsgebiet konnte an diesen Tatsachen leider nicht mehr viel ändern; vielleicht ist sie nicht mit der unterschiedenen Energie der Ueberzeugung für die Ausgabe von eigenen Dinarnoten eingetreten. Der heutige Umlauf in Kronennoten beträgt im österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiete Serbiens allein zirka 500 Millionen Kronen; er wird anlässlich der Ernte um zirka 100 Millionen Kronen, eher um mehr als weniger, steigen. Ich glaube zwar, entgegen der Ansicht des Herrn v. Hegedüs, daß es für die Ersparung dieser Umlaufvermehrung schon zu spät ist; die Ablieferung der Ernte ist im Gange, die Weizenernte ist schon abgeliefert und was in mehr als 2 1/2 Jahren nicht geschehen ist, wird in 2 1/2 Wochen nicht erledigt werden. Dagegen kann ich seiner Meinung aus vollster Ueberzeugung zustimmen, daß es für die Errichtung eines Notenemissionsinstituts in Serbien

noch lange nicht zu spät ist. Der Krieg kann noch lange dauern; er wird leider vielleicht noch in das nächste Jahr hinein dauern; die Friedensverhandlungen, der Abschluß des Friedens, seine Ratifikation, die Uebergangszeit, all das nimmt viele Monate in Anspruch, so daß wir bestenfalls noch mit einer anderthalbjährigen Besetzung des Landes zu rechnen haben. Auf welchen Betrag wird bis dahin der Umlauf österreichisch-ungarischer Banknoten angewachsen sein? Wird aber rasch an die Ausgabe eigener Noten geschritten, so kann diese Zeit dazu verwendet werden, um die Kronen durch Steuern, Zölle, Gebühren, Warenimporte, welche durch den Warenmangel und die Ausfuhr- und Einfuhrverbote gehindert, durch die Kronenplethora aber gefördert werden, last not least, durch die Gläubigerklub-zentrale aufzufangen, so daß bei Friedensschluß nur eine möglichst geringe Menge von Kronennoten noch im Lande vorhanden ist.

Ein hoher Bankfunktionär hat die Idee der Errichtung eines Notenemissionsinstituts für Serbien mit dem Argumente bekämpft, er sehe die Kronennoten lieber in Serbien als in Oesterreich-Ungarn. Er sei froh, daß so große Mengen von Noten sich in den besetzten Gebieten befinden und nicht im Inlande. Diese Auffassung übersieht, daß es noch besser ist, wenn das Notenumaterial, das in den Okkupationsgebieten zirkuliert und das zirka eine Milliarde ausmacht, überhaupt nicht wäre oder wenigstens nicht in Zirkulation, sondern vorläufig und hoffentlich für immer sich in den Schränken der Bank, im Depot als Sicherstellung für die gegebenen Dinar-, Perper- und Rubelnoten befindet. Unsere politische und militärische Situation rechtfertigt wohl die Zuversicht, daß die deponierten Noten das gleiche Schicksal haben werden wie die für die deutschen Leinoten hinterlegt gewesenen Mark- und Kronennoten. Nach dem Völkerrechte braucht uns nicht daran zu hangen, daß wir diese Noten werden einlösen müssen. Nach der Haager Konvention (Gesetze und Bräuche des Landkrieges) hat der Staat, dessen Gebiet besetzt wurde, der besetzenden Kriegsmacht alle Verwaltungsauslagen und die Kosten des Besatzungsheeres zu ersetzen. (Artikel 48 bis 52. Vizt: „Das Völkerrecht“, § 40.) Für diese Zwecke erscheint auch der besetzende Staat berechtigt, Zwangsauslagen in Geld (Kontributionen) ufm. aufzuerlegen; die Höhe der Notenemission, die doch in der Hauptsache dazu dient, die Verwaltungsanslagen zu decken und die Besatzung zu erhalten, würde auch diese Ansprüche der Monarchie so ziemlich genau fixieren. Die Forderungen der Monarchie aus diesem Titel müssen jetzt schon sehr bedeutend sein, da die Militärverwaltung sich in anerkannter Weise bemüht hat, nicht nur „das öffentliche Leben“ und „die öffentliche Ordnung“ wieder herzustellen, sondern auch namhafte Investitionen für den Bau von Eisenbahnen, Straßen und Brücken, für Bergbau, Landwirtschaft ufm., abgesehen von den normalen Verwaltungsauslagen, vorgenommen hat. In der neuen Landeswährung könnten auch die Natural- und Dienstleistungen (Requisitionen) der Gemeinden und Einwohner gemäß Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung bar bezahlt werden. Alle diese Ansprüche der österreichisch-ungarischen Monarchie würden in der Höhe der Notenemission unter der Voraussetzung, daß es gelänge, die Kronen durch die früher angedeuteten Vortehrungen aus dem Lande zu bringen, sichtbar werden und zum Ausdruck kommen. Es bliebe nur der Ersatz der Kriegsschäden im eigentlichen Sinne. Wir sichern uns durch eine Notenemission und durch die Rückziehung der Kronen — und das wird vielfach verkannt — den Einfluß auf eine anfängliche Menge unseres Papiergeldes, die sonst, nach dem Friedensschluß auf den internationalen Markt geworfen, auch einen stärkeren Wechselkurs als den unsrigen ins Wanken bringen könnte.

Man mag das Problem von allen Seiten betrachten, alles drängt meines Erachtens zu dem Schluß, wenn auch spät, doch noch nicht zu spät, sich zu einem aktiven Handeln aufzuraffen und auf eine Art und Weise, die zwischen österreichischen und ungarischen Banken keine Verstimmung aufkommen läßt, wenigstens für das Gebiet der Militärverwaltung Serbien ein Noteninstitut ins Leben zu rufen, das die Funktionen der serbischen Notenbank, die ihr Land und seine zurückbleibenden Einwohner und Gläubiger schmächtig im Stiche gelassen hat, zu übernehmen hätte.